

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Publikationen der Freien Hansestadt Bremen unter „Creative Commons“ stellen

Das Urheberrecht ist eine für Laien meist nur schwer verständliche Rechtsmaterie. Heutzutage ist die Weiterverbreitung von digitalen Inhalten wie Texten, Videos oder Fotos jedoch gang und gäbe. Oft werden dabei Urheberrechtsverletzungen begangen, ohne dass die Nutzerinnen und Nutzer dies ahnen. Eine Folge davon können juristische Abmahnungen sein, die Menschen mit Forderungen in teils beträchtlicher Höhe konfrontieren, weil sie tatsächlich oder angeblich beispielsweise ein Foto aus fremder Quelle auf ihrer Internetseite oder ihrem Blog verwenden.

Als Alternative zur kostenpflichtigen Nutzung urheberrechtsgeschützter Werke wurden durch die gleichnamige Non-Profit-Organisation die „Creative Commons“-Lizenzmodelle entwickelt, die durch einfache Texte und Symbole Nutzerinnen und Nutzern eine Hilfestellung bei der urheberrechtskonformen Veröffentlichung, Weitergabe oder Nutzung von digitalen Inhalten geben sollen. Auf vielen Texten und Bildern bremischer Behörden finden sich bereits jetzt entsprechende Hinweise über die Verwendung von Inhalten, etwa bei Pressemitteilungen.

Die Verwendung von Creative Commons-Symbolen sensibilisiert und informiert anschaulich über geltende Urheberrechte und erleichtert die Verwendung und Verbreitung von Inhalten, wie dies bereits bei vielen Internetseiten schon jetzt der Fall ist.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. so weit möglich für die Publikationen bremischer Behörden und Gesellschaften Texte, Bilder und Videos zu verwenden, die unter „Creative Commons“-Lizenzen stehen oder gestellt werden können,
2. sowie eigene Inhalte unter „Creative Commons“ zu stellen und
3. diese auf Internetseiten und in Druckerzeugnissen bremischer Behörden und Gesellschaften mit sog. „Creative Commons-Hinweisen“ zu versehen.

Rainer Hamann, Frank Schildt, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Carsten Werner, Mustafa Öztürk, Dr. Matthias Güldner
und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN